

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Bestimmung der vom Schulträger zu entsendenden Mitglieder in die Schulkonferenzen**

Herr Messing erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zur Bestenauslese, zur Frauenquote und zum Erlöschen des Wahlrechtes.

Herr Dittrich schlägt vor, die zu entsendenden Mitglieder in der Ratssitzung zu benennen.

Herr Hövener ist der Meinung, dass der Schulausschuss nicht angemessen in die Entscheidungsfindung eingebunden wird. Er könne sich vorstellen, die Bürgermeisterin und ihren Stellvertreter im Amt in die Schulkonferenz zu entsenden, unter der Voraussetzung, dass sich die Kandidaten vorher im Schulausschuss vorstellen.

Herr Messing entgegnet, dass dies nicht zulässig ist. Die Schulkonferenz treffe allein die Entscheidung über den Vorschlag zur Besetzung, es bestehe keine Möglichkeit der vorherigen Einflussnahme. Deshalb werde verwaltungsseitig vorgeschlagen, dass sich die gewählte Person anschließend in einer Schulausschusssitzung persönlich vorstellen soll.

Herr Krause kann nicht nachvollziehen, dass der Schulausschuss nicht vorher beteiligt werde.

Daraufhin erläutert Herr Messing, dass die Dienstaufsicht allein der Schulaufsichtsbehörde obliege und keine Möglichkeit der Einflussnahme bestehe.

Frau Dirks schlägt einen Austausch auf informellem Weg vor. Wenn dem Beschlussvorschlag heute gefolgt würde, wären sie und ein Vertreter jeder Fraktion in der Schulkonferenz vertreten und bekämen die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt. Sie könnten sich im Vorfeld zusammensetzen und die Auswahl besprechen.

Herr Krause wirft ein, dass die aus dem Schulausschuss zu entsendenden Vertreter für die Schulkonferenz nach d` Hondt bestimmt werden sollten.

Frau Mönning hält die Auswahl des Schulleiters/der Schulleiterin durch ein Gremium der Schule für objektiver als durch den Schul- und Sportausschuss.

Herr Hövener betont, dass es sein Anliegen sei, den Schulausschuss angemessen zu beteiligen. Deshalb schlage er vor, dass neben der Bürgermeisterin der Schulausschuss 3 Personen aus seiner Mitte für die Schulkonferenz bestimmt, wobei der Rat entscheiden sollte, welche Per-

son Stimmrecht haben soll.

Herr Wilkens begrüßt die Entscheidung, ein Mitglied jeder Fraktion in die Schulkonferenz zu entsenden, der Entsendung der Bürgermeisterin könne er ebenfalls zustimmen.

Herr Krause stellt noch einmal heraus, dass die Entsendung nach dem politischen Proporz erfolgen müsse.

Frau Mönning stellt fest, dass es bisher gute Sitte gewesen sei, bei Entscheidungen, die die Gesamtheit betreffen, alle Fraktionen zu beteiligen. Sie plädiere dafür, es so zu belassen.

Herr Krause entgegnet, dass dies nicht immer so gewesen sei und stellt den Antrag, die Entsendung nach d` Hondt vorzunehmen.

Frau Dirks betont, dass man sich gerade in Schulangelegenheiten immer einig gewesen sei. In die Schulkonferenz sollte jede Fraktion einen Vertreter entsenden können. Sie weist darauf hin, dass es sich bis auf ein Mitglied lediglich um beratende Mitglieder handele. Die Mehrheitsfraktion könnte im Rat bestimmen, dass ihr Mitglied Stimmrecht haben soll. Sie rate davon ab, die in den letzten Jahren gemeinsam verfolgte Linie zu verlassen.

Frau Mönning stellt den Antrag, so zu verfahren, dass alle im Rat vertretenen Parteien berücksichtigt werden.

Auf Wunsch der Vertreter der CDU-Fraktion erfolgt einen 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet ist, zieht Herr Krause seinen Antrag zurück.

Herr Dittrich stellt fest, dass also nur noch ein Antrag vorliegt, der der Verwaltungsvorlage mit der Änderung entspreche, dass der Rat entscheiden soll, welche Mitglieder entsandt werden sollen und wer Stimmrecht haben soll.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Um nicht in jedem Besetzungsverfahren eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen, schlägt der Schul- Sportausschuss vor, die Bürgermeisterin und drei bis zur Ratssitzung zu benennende Mitglieder des Schul- und Sportausschusses (jeweils ein Vertreter jeder Fraktion) in die Schulkonferenz zu entsenden.
2. Der Rat bestimmt, welche dieser Personen das Stimmrecht ausüben soll.
3. Damit auch die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit haben,

neue Schulleiterinnen bzw. Schulleiter kennen zu lernen, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, dass sich die gewählten Leiterinnen bzw. Leiter in einer zeitnahen Sitzung nach ihrer Wahl persönlich vorstellen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. **Stellungnahme gemäß § 80 Schulgesetz NRW zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl**

Frau Dirks berichtet, dass sie dem Regierungspräsidenten Herrn Paziorek bei seinem Antrittsbesuch noch einmal die Sachlage bzgl. der Einrichtung der Verbundschule Legden Rosendahl dargelegt habe. Dabei habe sie deutlich gemacht, dass die Billerbecker Realschule langfristig in ihrem Bestand gefährdet wäre, wenn die Darfelder Schüler fehlen. Außerdem habe sie darauf hingewiesen, dass nicht abzusehen sei, ob sich nicht doch Darfelder Schüler für die Verbundschule Legden Rosendahl entscheiden. Es herrsche das Recht der freien Schulwahl und die Verbundschule müsse die Schüler aufnehmen. Herr Paziorek habe zugesagt, das Thema Verbundschule auf höchster Ebene zu klären, weil diese Entscheidung ausschlaggebend wäre für weitere Entscheidungen. Alles was sich über die Sitzungsvorlage hinaus entwickelt habe, sei der Verwaltung nur aus der Presse bekannt und nicht aus direkten Informationen aus Rosendahl oder Legden.

Herr Messing führt aus, dass es zunächst zwei unterschiedliche Ratsbeschlüsse der Gemeinde Legden und Rosendahl gegeben habe. Rosendahl habe dem horizontalen Modell zugestimmt, wonach die Beschulung der Klassen 5 und 6 der Haupt- und Realschüler in Legden und der übrigen Schüler in Osterwick vorgesehen sei. Der Rat der Gemeinde Legden habe dagegen die Auffassung vertreten, dass in Legden zu wenig Schule stattfinde und beschlossen, dass ein Entlassjahrgang der Realschule in Legden unterrichtet werden soll. Dann sei in Rosendahl eine Elternbefragung durchgeführt worden. 78 Eltern der aktiven Viertklässler hätten ihr Interesse an der Verbundschule bekundet, davon kämen 39 aus Holtwick, 35 aus Osterwick und 4 aus Darfeld. 21 Darfelder Eltern hätten mitgeteilt, dass sie eine andere Realschule bevorzugen würden. In der Presse sei zu lesen, dass es sich bei den 4 Darfelder Schülern vermutlich um Hauptschüler handele, das sei aber nur eine Annahme. Die in der Machbarkeitsstudie getroffene Aussage, dass voraussichtlich die Schüler aus Darfeld weiter die Realschule Billerbeck besuchen, werde also bereits durch die Elternbefragung entkräftet. Die Verbundschule sei zur Aufnahme der angemeldeten Schüler/innen verpflichtet.

In Legden habe der Ältestenrat nun beschlossen, von dem ursprünglich gefassten Ratsbeschluss Abstand zu nehmen und dem Horizontalmodell zuzustimmen. Es sei vorgesehen, nach der Zeugnisausgabe Ende Januar ein vorgezogenes Anmeldeverfahren durchzuführen. Herr Paziorek habe erläutert, dass er noch nicht entscheiden könne, weil noch kein Antrag vorliege. Der Antrag könne aber erst gestellt werden, wenn Rosendahl die entsprechenden Anmeldezahlen vorlegt. Für die Realschule seien 28 und für die Hauptschule 2 x 18 Anmeldungen erforderlich.

Frau Mönning macht deutlich, dass sie sich große Sorgen um den Schulstandort Billerbeck mache, weil man sich in einer passiven Situation befinde. Herr Niehues sei für Rosendahl vorgeprescht und wie man ihn kenne, werde er sein Anliegen mit Akribie und Hartnäckigkeit versuchen durchzusetzen. Billerbeck habe sich drängen lassen und die anderen seien aktiv geworden. Möglicherweise werde man durch eine Entscheidung gegen die man nichts machen könne, in eine missliche Lage kommen.

Herr Hövener äußert sein Verständnis für die Verantwortlichen in Legden und Rosendahl, die sich um die Sicherung ihres Schulstandortes bemühen. Er sehe aber Billerbeck nicht ganz so in einer passiven Lage, wie von Frau Mönning beschrieben, schließlich könne man sich in einer Stellungnahme äußern. Die Risiken, die sich für den Schulstandort Billerbeck aus einer Verbundschule Legden Rosendahl ergeben, könne man nicht absehen. Sie seien aber vorhanden, weil man nicht ausschließen könne, dass das im Schulentwicklungsplan aufgeführte Potential an Darfelder Schülern der Realschule Billerbeck fehlen werde. Er schließe sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an, das Einvernehmen könne im Interesse des Schulstandortes Billerbeck nur versagt werden. Im Gegensatz zu dem Schülertourismus, der bei Errichtung der Verbundschule Legden Rosendahl zwischen Legden und Osterwick stattfinde, könne man in Billerbeck auf eine gut ausgestattete funktionelle Haupt- bzw. Realschule verweisen. Hiermit sollte aktiv geworben werden.

Herr Wilkens schließt sich dem Verwaltungsvorschlag an. Wenn man in einer passiven Lage wäre, gäbe es die Möglichkeit sich in den Prozess in Rosendahl einzubringen nicht.

Herr Messing betont, dass man sehr viel in den Schulstandort Billerbeck investiert habe. Der Minister habe zu verstehen gegeben, dass Rosendahl alles versuchen müsse, um Darfelder Schüler abzuwehren. Wenn das nicht gelinge, werde es rechtliche Probleme geben und dann müsse der Minister die widerstrebenden Interessen abwägen. Heute wisse man nicht, wo die Entscheidung hingehe und wie viel Toleranz aufgebracht wird. In Rosendahl werde der Eindruck erweckt als wenn nur noch die ausreichende Anzahl von Anmeldungen vorliegen müsse. Er wolle nicht wissen was passiere, wenn die Eltern ihre Kinder anmelden und die Entscheidung des Ministeriums gegen die Verbundschule getroffen wird.

Frau Mönning wendet ein, dass Billerbeck viel zu spät aktiv geworden sei. Alle hätten gewusst, dass Herr Niehues vorgepreschen würde, dennoch habe man abgewartet. Man hätte sich eher und intensiver mit dem Schulentwicklungsplan beschäftigen müssen.

Frau Dirks erinnert daran, dass räumlich und inhaltlich viel in die Schulen vor Ort investiert worden sei. Herr Niehues sei auf Billerbeck zugekommen und habe vor dem Hintergrund in Rosendahl einen Realschulzweig anzudocken Partner gesucht. Ihm sei deutlich gemacht worden, dass hier vor Ort gute Schulen vorhanden seien und man nicht der richtige Partner

sei, wobei ihm eine Kooperation im Hauptschulbereich angeboten worden sei.

Frau van der Wielen stellt heraus, dass sich die Investitionen der Stadt in die Haupt- und Realschule äußerst positiv auswirkten. Sie habe viel bejahende Resonanz von den Eltern bekommen. Des Weiteren könne sie sich gut vorstellen, dass Darfelder Hauptschüler in der Hauptschule Billerbeck eine Alternative sehen, weil dort ein Ganztagsangebot vorgehalten werde und die Schule attraktiv ist. Wäre man aktiver vorgegangen, hätte das den Lokalpatriotismus genährt. Die Haupt- und Realschule könnten sich auf ihre gute Qualität berufen und deshalb gelassen darauf setzen, dass Darfelder Eltern mit der Arbeit zufrieden seien und ihre Kinder weiterhin hier anmeldeten. Nichts desto trotz müsse man sehen, wie der Minister entscheiden werde.

Herr Krause schließt sich grundsätzlich den Ausführungen der Bürgermeisterin an. In die Haupt- und Realschule sei umfangreich und zukunftsorientiert investiert worden. Die Schulen seien attraktiv und müssten attraktiv bleiben. Hier gebe es noch Möglichkeiten, wie sie sich z. B. in Bezug auf die Schülerbeförderung oder pädagogische Inhalte von Rosendahl und Legden abgrenzen können. Die gute Qualität sollte deutlich herausgestellt und hierauf aufgebaut werden.

Aus Sicht eines Steuerzahlers und nicht aus Sicht eines Vaters schulpflichtiger Kinder könne er hieran nur anschließen, so Herr Hövener. Es könne nicht sein, dass die Regierung Investitionen bezuschusst habe und diese durch die Genehmigung einer Verbundschule in einer Nachbarstadt gefährde. Das sei für ihn ein gewichtiges Argument.

Frau Mönning stellt klar, dass sie nichts gegen die inhaltlich gute Arbeit der Schulen vor Ort gesagt habe. Sicherlich habe man gut ausgestattete Schulgebäude, aber die Entscheidungen der Landesregierung hätten oftmals nur kurze Zeit Gültigkeit. Insofern müsse man die Angelegenheit mit Aufmerksamkeit verfolgen. In der Nachbarstadt tue sich etwas auf, weshalb sie große Sorgen habe. Diese äußeren Umstände, von denen man gejagt werde, sollte man nicht unterschätzen.

Frau van der Wielen weist darauf hin, dass je kleiner eine Schule, desto geringer die Möglichkeit der Differenzierung sei. Sie wisse nicht, ob dies den Rosendahler Eltern so bewusst sei. Im Übrigen werde in Zeiten des demografischen Wandels die Lösung in Bildungszentren liegen und nicht in kleinen Schulen.

Herr Hövener hält die Argumente für ausgetauscht und stellt den Antrag auf Abstimmung.

Frau Mönning stellt an Frau van der Wielen gerichtet richtig, dass ihre Sorge in Richtung Hauptschule gehe und sie befürchte, dass die Billerbecker Hauptschüler woanders hin müssten.

Beschlussvorschlag für den Rat:

An dem Tenor der ersten Stellungnahme vom 15.09.2008 wird festgehalten. Der regionale Konsens wird nicht erteilt, da die Annahmen aus der Machbarkeitsstudie nicht gesichert sind und weiterhin die Städt. Realschule Billerbeck ohne die Schülerinnen und Schüler aus Rosendahl-Darfeld nicht mehr gesichert zweizügig wäre.

Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne die gem. § 80 Schulgesetz erforderliche Stellungnahme zu erstellen und entsprechend zu begründen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

3.1. "Kein Kind ohne Mahlzeit" - Herr Messing

Herr Messing berichtet, dass das Kuratorium der Sparkassenstiftung das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ mit einem finanziellen Förderbeitrag von jeweils 2.000,-- € unterstütze. Hierfür bedanke er sich bei der Sparkassenstiftung recht herzlich.

3.2. Badebus nach Coesfeld - Herr Messing

Herr Messing berichtet, dass in der Zeit von Januar bis heute insgesamt 85 Fahrkarten verkauft wurden. Das entspreche einer Teilnehmerzahl von durchschnittlich unter 4 Personen pro Fahrt. Vom 1. Oktober 2008 bis heute seien lediglich 4 Fahrkarten verkauft worden, so dass die Teilnehmer sogar einzeln mit dem Taxi zum Hallenbad hätten gebracht und wieder abgeholt werden könnten. Für die insgesamt 85 verkauften Fahrkarten seien Einnahmen in Höhe von 87,-- € erzielt worden. Diesen Einnahmen stünden Ausgaben in Höhe von 1.676,61 € gegenüber. Herr Messing schlägt aufgrund der immer mehr nachlassenden Resonanz vor, den Badebus spätestens Ende des Jahres einzustellen.

Herr Dittrich stellt fest, dass dieser Mitteilung einvernehmlich zugestimmt wird.

4. Anfragen

4.1. Schulbusverkehr zwischen Nottuln und Havixbeck - Herr Krause

Herr Krause führt aus, dass er von einem Beitrag in Radio Kiepenkerl zum Schulbusverkehr zwischen Nottuln und Havixbeck erfahren habe. Er bitte die Verwaltung, entsprechende Informationen einzuholen. Havixbecker Schüler besuchten auch die Schulen in Billerbeck. Im Hinblick auf

die Attraktivität der Schulen vor Ort müsse in Erfahrung gebracht werden, was dort passiere. Die Verwaltung sollte das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorstellen.

In diesem Zusammenhang spricht Herr Hövener ein Schreiben Havixbecker Eltern, deren Kinder in Billerbeck die Schule besuchten an. In dem Brief bemängelten die Eltern die unzureichenden Verbindungen zwischen Billerbeck und Havixbeck und böten an, sich an einer kostengünstigen Lösung zu beteiligen. Er bitte die Verwaltung, dies aufzuarbeiten. Wenn den Billerbecker Schulen Schüler aus Havixbeck fern blieben sei das genauso schlecht als wenn Darfelder Schüler nach Legden gingen.

Frau Gaußelmann betont, dass die Schüler eigentlich gut zufrieden seien. Das einzig unbefriedigende sei die Bahn-/Busverbindung nach Havixbeck. Diesbezüglich habe es bereits Gespräche gegeben, in denen darauf hingewiesen wurde, dass bei der jetzigen Schülerzahl aus Havixbeck kein Schulbus eingesetzt werden könne und deshalb in Havixbeck Reklame für die weiterführenden Schulen in Billerbeck gemacht werden müsse. Daraufhin seien die Eltern und Schüler auch bereits aktiv geworden.

Frau Mönning weist darauf hin, dass Frau Köhler dieses Thema bereits im Ausschuss für Jugend, Kultur und Sport angesprochen habe. Die hierzu seitens der Verwaltung eingenommene Abwehrhaltung der Verwaltung sei nicht in Ordnung gewesen. Sie habe dann auf die damalige Diskussion bzgl. der Einrichtung einer Gesamtschule in Billerbeck verwiesen, bei der Herr Koch gesagt habe, dass für potentielle Schüler egal aus welchem Ort eine vernünftige Schulbusverbindung geschaffen werde. Das erwarte sie in diesem Fall auch.

Herr Dittrich teilt mit, dass er ebenfalls von Havixbecker Eltern angerufen worden sei. Er schlägt vor, dieses Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln.

4.2. Rassegeflügelausstellung in der Ludgeri-Turnhalle - Herr Hövener

Herr Hövener führt an, dass zum Ausgleich für wegfallenden Sportunterricht durch die Rassegeflügelausstellung in der Ludgeri-Turnhalle das Lehrschwimmbecken früher geöffnet werden sollte und außerdem die Verwaltung beauftragt worden sei, für die Geflügelschau 2008 eine pragmatische Lösung in Zusammenarbeit mit der Grundschule und dem Rassegeflügelzuchtverein herbeizuführen. Außerdem sollte für die künftige Nutzung der Turnhallen durch Vereine ein Vorschlag unterbreitet werden, wie dies in der Sporthallenbenutzungsvereinbarung verankert werden könne.

Herr Messing berichtet, dass die Zusage bzgl. der früheren Öffnung des Lehrschwimmbekens eingehalten worden sei, mit dem Schwimmunterricht sei direkt nach den Sommerferien begonnen worden. Im Übrigen bestehe keine Veranlassung, die Sporthallenbenutzungsvereinbarung zu

ändern, weil die Nutzung durch Vereine zulässig ist. Private Anbieter seien auch in diesem Jahr nicht bereit oder in der Lage gewesen, ihre Räumlichkeiten für die Rassegeflügelausstellung zur Verfügung zu stellen, so dass wieder auf die Turnhalle zurückgegriffen werden musste.

4.3. Sozialarbeiterin an der Hauptschule - Herr Dittrich

Herr Dittrich führt an, dass er von Problemen gehört habe, was die sichere Fortführung und dem evtl. möglichen Stundenausbau der Tätigkeit der Sozialarbeiterin an der Hauptschule betreffe. Er wisse, dass ihre Tätigkeit an der Hauptschule sehr geschätzt werde. Er erkundigt sich nach den weiteren Planungen.

Frau Dirks erläutert, dass die Sozialarbeiterin aus kapitalisierten Mitteln der Hauptschule bezahlt werde. Bei den Überlegungen, wie die Sozialarbeit dauerhaft abgesichert werden kann, sei die Idee einer Kombinationsmöglichkeit mit der Sozialarbeit im Jugendzentrum entstanden. Die Hauptschule könnte dann nach ihren Möglichkeiten und Anforderungen die Leistungen bei der Stadt einkaufen. Derzeit sei eine Stelle im Jugendzentrum ausgeschrieben, eine Ausweitung der Tätigkeit auf die Hauptschule sei möglich. Diesbezüglich gebe es aber noch rechtliche Probleme zu klären.

Diese Überlegungen beträfen aber nicht die jetzt an der Hauptschule tätige Person, weil diese nicht im Jugendzentrum und auch nicht in Vollzeit arbeiten wolle.

Auf Wunsch von Herrn Dittrich sagt Frau Dirks zu, den Ausschuss über die weitere Entwicklung zu informieren.

4.4. Probleme mit der Belüftung des Computerraumes an der Hauptschule - Herr Dittrich

Von Herrn Dittrich auf Probleme mit der Belüftung des Computerraumes an der Hauptschule angesprochen, teilt Herr Messing mit, dass die Situation von Frau Gaußelmann bereits an die Verwaltung herangetragen worden sei. Zurzeit suche die Fachabteilung gemeinsam mit einem Ing.-Büro nach Lösungsmöglichkeiten.

Frau Gaußelmann bittet dringend darum, für Abhilfe zu sorgen. Im letzten Sommer, der bekanntlich nicht sehr heiß gewesen sei, seien im Computerraum Temperaturen von 35° gemessen worden.

4.5. Lieferanten der Schulspeisung - Herr Krause

Herr Krause erkundigt sich, ob die Kindergärten und Schulen von einem Essenslieferanten bedient würden.

Frau Dirks teilt mit, dass das Essen für die offene Ganztagsgrundschule, die Haupt- und Realschule und mindestens einem Kindergarten von dem

gleichen Lieferanten stamme. Weitere Kindergärten hätten andere Lieferanten.

Hans-Jürgen Dittrich
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin